

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Gesamtstaatliche Koordination der Umfassenden
Landesverteidigung**

**eingebracht im Zuge der Debatte in der 266. Sitzung des Nationalrats über den
Bericht des Landesverteidigungsausschusses über den Antrag 3576/A(E) der
Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Hubschrauberstationierung im Bundesgebiet (2574 d.B.) - TOP 15**

Das Wehrrechtsänderungsgesetz novelliert mehrere für Wehr- und Milizdienst relevante Gesetzestexte, um diese an die Realitäten der spezifischen Sicherheitsbedürfnisse unserer Zeit anzupassen. Hauptsächlich behandelt das WRÄG Probleme der Personalgewinnung, lässt aber die Stärkung der Umfassenden Landesverteidigung, und insbesondere der gesamtstaatlichen Koordination im Falle von nationalen Krisen, Sicherheitsbedrohungen oder militärischen Angriffen unangesprochen. Oft wird etwa die mangelnde Einbindung der Gemeinden und anderer Körperschaften beim Katastrophenschutz kritisiert. Und der Rechnungshof kritisiert, dass z.B. im Falle der Cyber Defence

- kein Kriterienkatalog besteht, wann und unter welchen Umständen die Abwehr eines Angriffs vom BMI auf das BMLV übergeht;
- gesamtstaatliche Konzepte zur Konkretisierung von Schritten, um die Kommunikation und Aktivitäten von staatlichen Stellen und Körperschaften zu gewährleisten, fehlen; und
- dass die anhaltenden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem BMLV und dem BMKÖS den Aufbau des Cyberpersonals bislang verunmöglicht haben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat letzte Woche einen neuen Plan für die Verteidigung in Krisenfällen veröffentlicht, in dem die "notwendigen Maßnahmen und Strukturen, um die Unabhängigkeit und Souveränität Deutschlands" zu sichern, dargestellt werden. Die deutsche Bundesregierung stellt somit in einem 67 Seiten umfassenden Plan sicher, dass alle Akteure, von der Bundeswehr über die Hilfsorganisationen bis hin zu den Zivilschutzbehörden, und auch Post, Bahn und Telekom, ihre genaue Rolle in Krisensituationen kennen und erfüllen können. Innenministerin Nancy Faeser sprach von "integrierter Sicherheit" und einer engen Verzahnung von militärischer und ziviler Verteidigung. Verteidigungsminister Boris Pistorius verwies auf die sich verschlechternde Sicherheitslage "im Cyberraum, durch Drohnen ... Desinformationskampagnen und klassische Sabotage."

In Österreich ist dieser gesamtstaatliche Zugang noch nicht angekommen. Die Regierungsparteien streiten nicht nur über die Umstrukturierung des BMLV und der Wertigkeiten der Mitarbeiter:innen in verschiedenen Direktionen, sondern können sich auch wegen innerkoalitionärer Streitigkeiten auf keine neue Österreichische Sicherheitsstrategie einigen – trotz eines Versprechens des Bundeskanzlers, eine ÖSS bis Jahresende 2023 vorzulegen. Auch ist kein Fortschritt in der Umsetzung des lange verzögerte aber mittlerweile doch beschlossenen Krisensicherheitsgesetzes erkennbar.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Landesverteidigung und der Bundesminister für Inneres, werden aufgefordert, dem Nationalrat spätestens bis zur Sitzung des Nationalrats im September 2024 eine Strategie zur gesamtstaatlichen Koordination der Umfassenden Landesverteidigung, bestehend aus einer neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie und einem detaillierten Koordinationsplan zur Krisenkoordinierung zwischen BMI, BMLV und den in Krisenfällen betroffenen Körperschaften vorzulegen."


(Pührer)
Fischer


(Künne)
Mitterer


(Högger)


(Winkler)
Bernd Winkler


(Wernig)

